

Belastungstestlauf

Die Literatur über die Folgen der EU-Krisenpolitik in Griechenland wächst. Ein Überblick von Jürgen Pelzer

Seit vier Jahren herrscht in Griechenland die Troika, die aus Vertretern der Europäischen Kommission, der EZB und des IWF zusammengesetzte »de facto-Zwangsverwaltung« (K. H. Roth), und die Lage im Land ist desolat, ja katastrophal. Ganze Industrien sind zusammengebrochen, berichtet ein deutscher Gewerkschafter, darunter Werften, Stahl- und Textilfabriken. Die Arbeitslosigkeit erreicht stetig neue Rekordmarken; die überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, auch der gut ausgebildeten, findet keine Stellen. Geschäfte schließen zu Tausenden, die Immobilienpreise fallen ins Aschgraue. Die Suizidrate, traditionell die niedrigste in Europa, schnell nach oben.

Ähnlich desolat sieht es im politischen und gewerkschaftlichen Bereich aus, zu einer effizienten Gegenwehr kommt es nicht: Die Linke ist gespalten, die zahlreichen Branchengewerkschaften sind zersplittert. Gleichzeitig steigt die Gefahr rassistischer Übergriffe, ja blanken faschistischen Terrors. Eine Splitterpartei, die stolz auf ihre an Hitlers und Rosenbergs Schriften orientierte Taktik ist, sitzt mit 21 Abgeordneten im Parlament, hetzt gegen Linke, Schwule und Ausländer. Zuletzt wurde sie von sieben Prozent der Wähler/innen gewählt, ein Zuwachs auf 15 oder 20 Prozent bei den anstehenden Europa-Wahlen würde niemanden überraschen.

Daß sich die Lage innerhalb kurzer Zeit so dramatisch verschlechtert hat, ist auf die neoliberale Agenda der Troika zurückzuführen, die das Land angesichts der Staatsschulden rücksichtslos auf ihre Vorgaben verpflichtet, den Sozialabbau vortreibt und dabei die Vertiefung einer ökonomischen Rezession ungeheuren Ausmaßes in Kauf nimmt. Diese Politik ist Ausdruck des europäischen Krisenmanagements und Griechenland das Testgelände, auf dem es exerziert wird.

Kenntnisreich und kritisch sind die Analysen, die Andreas Wehr, Karl Heinz Roth sowie Paul G. Kleiser und, im Kleiser-Band, Charles-Andre Udry dazu vorlegen. Wehr hat bereits 2010 auf

die spezifischen Ursachen für die keineswegs exorbitante Staatsverschuldung Griechenlands hingewiesen, zum Beispiel auf die Abhängigkeit von deutschen und französischen Banken, aber auch auf die systematische Steuerhinterziehung, die dubiosen Rüstungsaufträge, die Milliardendefizite für die 2004 ausgerichtete Olympiade sowie die schon seit den achtziger Jahren stattfindende Deindustrialisierung. Die Absicht, an Griechenland ein Exempel zu statuieren, gab es offenbar schon im Herbst 2009, als Papandreou die exakten Daten der Verschuldung und Neuverschuldung bekanntgab und ein eigenes Krisenprogramm vorstellte, das postwendend als »zu wenig ehrgeizig« zurückgewiesen wurde. Statt dessen formulierte die EU sehr viel radikalere Bedingungen für den Erhalt von »Rettungsgeldern«, Bedingungen, die den Umbau des gesamten Wirtschaftsgefüges anvisierten. Diesem ersten Memorandum of Understanding vom Mai 2010 folgten weitere, da jede Evaluierung durch die Troika zu neuen Bedingungen, vor allem zu weiteren Einsparungen führte.

Die Abfolge der Memoranden zwischen 2010 und 2012 hat Karl Heinz Roth äußerst minutiös untersucht. Daß die »Sanierungsziele« nicht einzuhalten wären, dürfte schon im Mai 2010 klar gewesen sein, doch ging es zu diesem Zeitpunkt ohnehin primär »um die Verzögerung des griechischen Staatsbankrotts«. Die weiteren Memoranden (besser: Austeritätsprogramme) stellten jeweils in Rechnung, daß sich die Rezession vertieft (und die Schulden weiter erhöhen), doch sie machten weitere Hilfsmaßnahmen von einer Ver-

Griechenland hat ein Einnahmen-, kein Ausgabenproblem

schärfung des Lohn- und Sozialabbaus abhängig. Mit Hilfe dieser Schocktherapie sollte »in kürzester Zeit Griechenland an die Verhältnisse angepaßt werden«, so Roth, »für deren Durchsetzung die Deregulierungsinstanzen Kerneuropas mehr

als zwei Jahrzehnte benötigt hatten«. Die griechische Regierung, die im Herbst 2010 eine mögliche Alternative verpaßte, akzeptierte nun sämtliche EU-Maßnahmenkataloge, nahm jedoch die Staatskirche und das Militär aus (auf diesen Sachverhalt gehen besonders Kleiser und Udry ein). Das eigentliche Ziel der Troika, nämlich die systematische Senkung der Lohn- und Arbeitskosten, zeichnete sich im Herbst 2011 deutlich ab; dieses Ziel sollte mit Hilfe einer neuen Koalitionsregierung unter Leitung des früheren Zentralbankgouverneurs Papadimos (dem griechischen Gegenstück zu Monti in Italien) anvisiert werden. Nach den Wahlen vom Mai und Juni 2012 kam es dann schließlich zu einer vom konservativen Samaras geführten Regierung, die sich ganz in den Dienst der geforderten Deregulierung, Privatisierung und Senkung der Lohn- und Sozialleistungen stellte.

Die angeblich an Haushaltsdisziplin, Währungsstabilität und ökonomischer Effizienz ausgerichtete Strategie der »de facto-Zwangsverwaltung« ist freilich nicht nur aus ökonomischen Gründen verfehlt. Sie berücksichtigt auch die tatsächlichen historischen Gegebenheiten, das heißt die besonderen politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen der griechischen Geschichte nicht. Monika Gravert liefert hier eine einschlägige Analyse. Ihr Buch ist zwar dem griechischen Bildungssystem und seinen Veränderungen gewidmet, aber bereits die 40seitige Einleitung gehört zum Besten, was man zur Geschichte Griechenlands in gedrängter Form lesen kann.

Viele Griechen sind sich der strukturellen Probleme ihrer Wirtschaft und Verwaltung bewußt,

wünschen auch eine Änderung, bleiben aber Gefangene der überkommenen politischen Klasse, was etwa der Krimiautor Petros Markaris betont. Bei Markaris findet man auch Hinweise darauf, wer in Griechenland unter den gegenwärtigen Bedingungen besonders leidet und wer nicht. Neben der Masse der negativ Betroffenen gibt es die Gruppe der Profiteure, die sich in den letzten drei Jahrzehnten, ja im Prinzip schon seit der Zeit der deutschen Besatzung bereichert und ihr Vermögen meist auf Auslandskonten deponiert haben. Zu dieser Gruppe gehören nicht nur die berichtigten Reeder, Medienunternehmer und Bankiers, sondern auch zahlreiche Politiker. Die Maßgaben der Troika belasten sie nicht, sie zahlen ja keine Steuern. Selbst ein Ausstieg aus dem Euro wäre ein Gewinn für sie. Kirche und Armee gehören ebenfalls zu den »Unbelasteten« - weder Troika noch Regierung wagen sich an sie heran. Dem Staat, der primär ein Einnahmen- und kein Ausgabenproblem hat, entgehen jedes Jahr auf diese Weise Dutzende Milliarden Euros. Nach Schätzungen liegen auf Auslandskonten mehr als 500 Milliarden Euro - von der Troika ignoriert, die ihr Austeritätsprogramm in Kooperation mit den nicht oder niedrig besteuerten privilegierten Schichten durchführt, zu Lasten der mittleren und unteren Schichten. Die aber reagieren zu Teilen mit einer Hinwendung zur Nazi-Partei »Goldene Morgenröte«, die Nacht für Nacht Jagd auf Immigranten und ethnische Minderheiten macht. Ihrem Aufstieg hat Dimitris Psarras eine detaillierte Studie gewidmet, die unter anderem klärt, wie diese zunächst marginale Gruppe Massenstatus gewinnen konnte.

Andreas Wehr: Griechenland, die Krise und der Euro. Papyrossa, Köln 2011, 213 Seiten, 13,90 Euro

Petros Markaris: Finstere Zeiten. Zur Krise in Griechenland. Diogenes, Zürich 2012, 161 Seiten, 14,90 Euro

Karl Heinz Roth: Griechenland: was tun? Aus dem Griechischen von Michaela Prinzing. VSA, Hamburg 2012, 96 Seiten, 8,80 Euro

Paul B. Kleiser (Hg.): Griechenland im Würgegriff. Neuer ISP Verlag, Köln/Karlsruhe 2013, 188 Seiten, 19,80 Euro

Angelika Gravert: Lernen in der Revolte. Das griechische Bildungssystem und seine ideologische Bedeutung. VSA, Hamburg 2013, 144 Seiten, 10,80 Euro

Dimitris Psarras: Neofaschisten in Griechenland. Die Partei Chrysi Avgi. Aus dem Griechischen von Heike Schrader. Lika, Hamburg 2014, 224 Seiten, 19 Euro

Jürgen Pelzer schrieb in KONKRET g/13 über William T. Vollmanns Roman Europe Central 3/2014